

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung August 2017

### TOP 1(a+b)

(a) Unter dem Thema „Die Schöpfung bewahren: ökologische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land“ wird die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, Prof. Dr. Claudia Dalbert, in der Augustsitzungsperiode eine Regierungserklärung abgeben.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung der Umweltministerin haben die Vertreter der fünf Fraktionen im Landtag die Möglichkeit, zum Gesagten Stellung zu beziehen und eigene Impulse in die Debatte einzubringen.

### TOP 2(a+b)

(a) In diesem Sommer jährte sich zum 15. Mal die Jahrhundertflut von 2002. Auch in diesem Jahr waren einige Regionen in Sachsen-Anhalt von Starkregen und Hochwasser betroffen. Dies zeigt, dass sich Hochwasserschutz immer stärker auf extreme Witterungsschwankungen einrichten muss. Mit einer Aktuellen Debatte will die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieses Thema in den Landtag einbringen.

(b) Anhand des aktuellen Diesel-Skandals und der vermeintlichen Ohnmacht von Bund und Ländern gegenüber kollektiven Rechtsverstößen durch die Automobilindustrie sowie massiver Verflechtungen von Konzernleitungen und Politik werde die Gefährdung der Demokratie offenbar, meint die Fraktion DIE LINKE. Sie hat daher eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Politik-Einfluss der Automobilindustrie gefährdet demokratische Grundlagen“ beantragt.

### TOP 3

Die AfD-Fraktion beschäftigt sich einmal mehr mit dem Thema Einwanderung. Zunächst beantragte sie eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Masseneinwanderung verhindern“. Dazu passend will die AfD-Fraktion mit einem Antrag erreichen, dass das Land Sachsen-Anhalt sein Aufenthaltsgesetz in vollem Umfang umsetze. Dies beinhaltet nach Ansicht der Fraktion auch die Notwendigkeit, „ausreisepflichtige Ausländer zur Vorbereitung und Durchsetzung ihrer Ausreise außerhalb von Justizvollzugsanstalten in geschlossenen Durchgangslagern in Abschiebungshaft zu nehmen“.

### TOP 4

Für die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Berufsschulen „Motoren des dualen Systems“ und sollen weiter gestärkt werden. Die Landesregierung wird daher gebeten, auf der Grundlage des „Berichts über Berufsschulangebote, Entwicklungsperspektiven und Berufsschulwege“ ein an den demographischen Anforderungen angepasstes Berufsschulnetz in Sachsen-Anhalt zu entwickeln. Die Bildung von Landes- und Regionalfachklassen und der Besuch berufsbildender Schulen unabhängig von Kreis- und Landesgrenzen unter Beachtung des Schullastenausgleichs sollen Berücksichtigung finden.

### TOP 5

Durch einen Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Anwendung bestimmter Methoden im Grundschulfach Deutsch zu regulieren. In diesem Fall geht es um den schulischen Lese- und Rechtschreiberwerb, der künftig ausschließlich nach

Methoden erfolgen soll, bei denen die Vermittlung korrekter orthographischer Kenntnisse von Beginn an im Mittelpunkt steht.

#### TOP 6

Der Landtag soll auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Herstellung der Kostenbeitragsfreiheit in der Kinderbetreuung als ein wichtiges sozialpolitisches Instrument herausstellen, das Familien im Alltag unterstützt und stark entlastet. Der Landtag soll sich deshalb dafür aussprechen, unverzüglich eine Lösung zum Einstieg in die Schaffung der Kostenbeitragsfreiheit für alle Eltern, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, zu realisieren.

#### TOP 7

Das Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsmarkt“ im Rahmen des Sozialen Arbeitsmarktes ist laut den Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein neuer Baustein für den Sozialen Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt. Es soll bestehende Angebote der Bundesagentur für Arbeit, der Jobcenter und des Landes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sinnvoll ergänzen. Der Landtag soll per Antrag seine Zustimmung zum Landesprogramm ausdrücken.

#### TOP 8

Im März 2017 stellte die Fraktion DIE LINKE eine Große Anfrage an die Landesregierung, deren Antwort nun vorliegt und im Plenum zur Diskussion gestellt wird. DIE LINKE fragte speziell nach der „Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt – mittel- und langfristige Handlungsmöglichkeiten gegen Armut“.

#### TOP 9

Die Landesregierung brachte im Februar 2017 den Entwurf eines Gesetzes über die Krebsregistrierung im Land Sachsen-Anhalt, das sogenannte Krebsregistergesetz, in den Landtag ein, durch das es auch zu einer Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes kommen würde. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des bearbeiteten Gesetzentwurfes vorsieht.

#### TOP 10

Das Unterhaltsvorschussgesetz des Bundes soll mit Wirkung vom 1. Juli 2017 geändert werden. Daher bedarf es einiger Anpassungen im Landesrecht, um die anfallenden Kosten weiterhin gerecht auf Land und Kommunen zu verteilen. Dem will die Landesregierung mit einem Gesetzentwurf vom April 2017 nachkommen. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat eine Beschlussempfehlung verfasst, die eine Annahme des geänderten Entwurfs nahelegt.

#### TOP 11

Durch das vorliegende Gesetz soll die Organisation des Landesbeauftragten für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt an die Vorgaben der „Datenschutz-Grundverordnung“ der Europäischen Union angepasst werden. Sie enthält beispielsweise genaue rechtliche Vorgaben für die Organisation dieser Behörden. Der Landesbeauftragte ist derzeit bei der Präsidentin des Landtags angesiedelt. Diese Regelung steht aber nicht im Einklang mit der EU-Grundverordnung. Die Verselbstständigung der Geschäftsstelle der Datenschützer muss durchgeführt werden.

#### TOP 12

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung wird dem Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungs-Staatsvertrag) vom 1. Juni 2017 zugestimmt.

#### TOP 13

Das von der Landesregierung eingebrachte Gesetz, also die Organisation und Einrichtung der obengenannten Anstalt, soll in erster Linie den verfassungsrechtlichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Praxis hinsichtlich einer effizienten und effektiven Telekommunikationsüberwachung unter Berücksichtigung der Anforderungen an den Datenschutz und der zu gewährleistenden Datensicherheit gerecht werden.

#### TOP 14

22 Abgeordnete der AfD-Fraktion wollen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Analyse, Sensibilisierung und Prävention zur Stärkung und Wahrung des Rechtsstaates in der Auseinandersetzung mit der linken Szene“ herbeiführen. Sie soll ihre Arbeit am 1. Januar 2018 aufnehmen und unter Einbeziehung von Sachverständigen prüfen, inwieweit es linksextremistische Strukturen in Sachsen-Anhalt gibt.

#### TOP 15

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, die ihrer Ansicht nach „wirtschafts- und verbraucherfeindliche Energiewende in Sachsen-Anhalt zu stoppen, planwirtschaftliche Irrwege im Energiesektor zu beenden und zum marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip zurückzukehren“. Im Rahmen einer Neuausrichtung der Energiepolitik soll sich die Landesregierung im Bundesrat für die ersatzlose Streichung der EEG-Förderung einsetzen.

#### TOP 16

Nach Medienangaben seien in Sachsen-Anhalt mehr als 40 000 Grundstücksbesitzer von Nachforderungen kommunaler Betriebe betroffen, die zum Teil Jahrzehnte nach der Erschließung von Grundstücken erhoben würden, reklamiert die AfD-Fraktion. In das Kommunalabgabengesetz solle daher eine Regelung aufgenommen werden, durch die Beitrags- und Gebührenforderungen ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Nutzung, Inbetriebnahme oder der erstmaligen Erschließung eines Grundstücks mit Ablauf des dritten vollen Kalenderjahres verjähren.

#### TOP 17

Gemäß den Regelungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt wird die Wahl von zwei Ersatzpersonen als stimmberechtigte Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses (sofern nicht anders geregelt) vom Landtag durchgeführt. Der Kinder- und Jugendring (KJR) Sachsen-Anhalt e. V. schlug der Landesregierung Philipp Schweizer (Geschäftsführer des KJR) und Olaf Schütte (Geschäftsführer fjp>media) vor, die dem Landtag nun zur Wahl gestellt werden.

#### TOP 18

Die Zahl der Schulabbrecher ist nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt nach wie vor viel zu hoch. Um vom Schulabbruch bedrohte Mädchen und Jungen (insbesondere in Förderschulen und ausländische Schüler/innen) besser zu unterstützen, sollen zusätzliche Fachkräfte für den Spracherwerb und für die Unterstützung des Lernerfolgs (Lerncoaches) sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedarfsgerecht eingesetzt werden.

#### TOP 19

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, bei der Offenlegung sachlicher und finanzieller Unterstützungsleistungen künftig auch die Namen der Sponsoren (insbesondere im Sponsoringbericht) zu nennen. Die Landesregierung soll sich in diesem Punkt an den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater orientieren, welche auch in anderen Ländern Anwendung finde.

#### TOP 20

Die Fraktion DIE LINKE weist darauf hin, dass mit steigenden Stromkosten auch die Zahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte steige. Das Land Sachsen-Anhalt müsse sich deshalb dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die soziale Komponente der Energiewende in den Fokus gerückt werde. Für schutzbedürftige Personen wie Kinder, Alte und Kranke soll ein Verbot von Energiesperren per Gesetz verankert werden.

#### TOP 21

Die Fraktion DIE LINKE möchte mit ihrem Antrag für mehr „Haushaltsklarheit bei der Arbeit mit Vollzeitäquivalenzzielen“ sorgen. Demnach soll die Landesregierung aufgefordert werden, ab dem Haushaltsjahr 2018 den Fachressorts beispielsweise die Möglichkeit zu geben, insbesondere für Beschäftigte in Elternzeit und für Beschäftigte, für die wegen einer Langzeiterkrankung oder einer Beurlaubung ohne Vergütung keine aktuellen Personalkosten anfallen, im Rahmen des Vollzeitäquivalenzziels unbefristete Ersatzeinstellungen vornehmen zu können.

#### TOP 22

Statt den Diesel-Skandal auszusitzen, solle lieber der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden, fordert die Fraktion DIE LINKE. Die Landesregierung soll daher aufgefordert werden, eine Gesamtkonzeption zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität im Lande zu erarbeiten – unter besonderer Berücksichtigung der Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV). Statt Fahrpreiserhöhungen sollen perspektivisch kostenfreie Schüler-, Azubi- sowie Sozialtickets finanziert werden, um Mobilität und Gesundheit für alle Bewohner/innen zu gewährleisten.

#### TOP 23

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Insolvenzrecht, insbesondere das Restschuldbefreiungsverfahren so angepasst wird, dass insolventen Selbstständigen und privatinsolventen Personen tatsächlich eine schnellere Beendigung der Insolvenz ermöglicht wird. Dazu soll eine vorgezogene Evaluierung der 2014 eingeführten Änderungen im Insolvenzrecht vorgenommen werden.

#### TOP 24

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE wurde der Aufbau der studentischen sozialen Infrastruktur jahrelang in Deutschland und im Land Sachsen-Anhalt vernachlässigt. Daher soll sich die Landesregierung für einen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt einsetzen, der das Ziel hat, die soziale Infrastruktur und die Wohnraumversorgung für Studierende zu verbessern (Wohnheimplätze, Mensen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Verstärkung der studienbegleitenden Beratung).

#### TOP 25

Am 1. November 2015 trat das neue Bundesmeldegesetz in Kraft, das den kommunalen Meldebehörden vorschreibt, Geburtstagsdaten nur noch zu runden Jubiläen ab dem 70. Geburtstag herauszugeben – und auch dann nur alle fünf Jahre. Die vormalige Regelung im Meldegesetz des Landes Sachsen-Anhalt hätte sich laut den Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bewährt und soll per Bundesratsinitiative wieder zum Einsatz kommen.

#### TOP 26

Die Amtszeit des ZDF-Fernsehrates endet am 5. Juli 2016. Gemäß dem Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum ZDF-Staatsvertrag wird der entsendungsberechtigte Verband durch den Landtag von Sachsen-Anhalt durch Beschluss festgestellt. Dies soll auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V. sein.

#### TOP 27

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im August die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.